Landtag
Nordrhein-Westfalen
18. Wahlperiode

Ausschussprotokoll
APr 18/1008
02.10.2025

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume

66. Sitzung (öffentlich)

2. Oktober 2025

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:03 Uhr bis 11:28 Uhr

Vorsitz: Dr. Patricia Peill (CDU)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkt:

Ein Herz und Heim für Tiere in Nordrhein-Westfalen: Tierschutz fördern – Tierheime stärken **3**

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 18/13163

– Anhörung von Sachverständigen *(siehe Anlage)*

* * *

Ein Herz und Heim für Tiere in Nordrhein-Westfalen: Tierschutz fördern – Tierheime stärken

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 18/13163

– Anhörung von Sachverständigen *(siehe Anlage)*

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Sehr geehrte Damen und Herren! Ich begrüße Sie alle recht herzlich zur 66. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume anlässlich einer Anhörung von Sachverständigen. Natürlich möchte ich auch die vier Sachverständigen herzlich begrüßen.

Die Anhörung wird live im Internet gestreamt. Die Einladung und Tagesordnung zu der Sitzung wurde unter der Dokumentennummer E 18/1457 veröffentlicht. Wenn es keine Wortmeldungen zur Tagesordnung gibt, dann starten wir in diese. – Wunderbar.

Die heutige Anhörung von Sachverständigen findet statt zum Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 18/13163 mit dem Titel „Ein Herz für Heim und Tiere in Nordrhein-Westfalen: Tierschutz fördern – Tierheime stärken“, und dem Entschließungsantrag der Fraktion der SPD mit der Drucksache 18/13278.

Im Namen der Ausschussmitglieder danke ich den teilnehmenden Sachverständigen für die Bereitschaft, zur Klärung unserer Fragen beizutragen und für die vorab entsandten Stellungnahmen.

In diesem Ausschuss ist es Usus, kein Eingangsstatement abzugeben. Stattdessen beginnen wir direkt mit den Fragen. Jeder Sachverständige hat drei Minuten Zeit, die jeweilige Frage zu beantworten, und dann folgt die nächste Frage der nächsten Fraktion.

Ich eröffne die erste Fragerunde.

Bianca Winkelmann (CDU): Im Namen der CDU-Landtagsfraktion bedanken wir uns herzlich, dass Sie sich die Zeit nehmen und dass wir uns dem Thema der Tierheime und den Dingen, die diesbezüglich problematisch und möglicherweise verbesserungswürdig sind, gemeinsam widmen können.

Meine erste Frage geht an Herrn Dr. Nieters. In Ihrer Stellungnahme bin ich auf ein Tool gestoßen, das offensichtlich nur Veterinäre nutzen können. Ich als Rinderhalterin komme nicht in den Teil der Datenbank hinein, der bereits jetzt Möglichkeiten zur Ausstellung von Heimtierausweisen, zur Registrierung von Katzen und Hunden gibt. Können Sie erläutern, wie dieses Tool in dieser mittlerweile sehr ausgebauten Datenbank funktioniert? Wir sehen es so, dass gerade die Registrierung von Tieren, von Hunden und von Katzen, ein weiterer wichtiger Schritt wäre, um Ordnung ins System zu bekommen.

Dr. Markus Nieters (Kreis Coesfeld, Veterinärdienst und Lebensmittelüberwachung): Vielen Dank für die Einladung. – Die Rinderdatenbank ist vor einiger Zeit für Rinderhalter erstellt worden. Man wollte im Rahmen der BSE-Problematik eindeutig den Lebenslauf der Tiere nachvollziehen können – wo sie geboren sind, wer die Eltern sind und dergleichen. Das hat sich immer weiterentwickelt, und dann kamen auch anderen Nutztiere hinzu: Äquide, das Modul „Zirkustiere“.

Dort können wir Amtstierärzte Erlaubnisse, §11-Erlaubnisse für Tierheime, einstellen. Die praktischen Tierärzte müssen dort die von ihnen ausgestellten EU-Heimtierausweise eingeben. Es gibt sogar die freiwillige Möglichkeit, dort einen Chip einzugeben. Das ist meines Wissens die einzige bundesweite Datenbank, die so etwas momentan leistet. Sie wird vom Staatsministerium in Bayern gewartet, und die könnten das durchaus auch noch erweitern. ASP-Programme, die verschiedene Behörden haben, könnten die auch.

Die können also sehr viel, und wenn der politische Wille vorhanden wäre, könnte man die zentrale Datenbank auch um die Heimtiere, nicht nur die Ausweise, erweitern. Das ist technisch durchaus möglich. Man müsste nur bundespolitisch den Willen dazu haben, und dann müssten sich dem alle Bundesländer anschließen. Vom EU-Parlament wird auch eine zentrale Datenbank gefordert, und technisch sehe ich dafür keine Hindernisse. Dann könnte jeder darauf zugreifen.

Im Landesbereich können wir über ordnungsbehördliche Schienen fragen, wo ein großer, ein gefährlicher Hund offiziell gemeldet ist, neben dem privaten Dingen Rasse, Haustierregister und dergleichen. Ich halte die erwähnte Struktur für die einzige, die man zu einer solch zentralen Datenbank ausbauen könnte.

Inge Blask (SPD): Herzlichen Dank auch seitens der SPD-Fraktion für Ihre Stellungnahmen. – Ich möchte Herrn Dr. Nieters zum Thema der betriebswirtschaftlichen Beratungsangebote in den Tierheimen fragen. Diese könnten helfen, die Finanzierungslage der Tierheime vor Ort zu verbessern. Braucht es darüber hinaus auch noch verbindliche Finanzierungsregeln?

Dr. Markus Nieters (Kreis Coesfeld, Veterinärdienst und Lebensmittelüberwachung): Es gibt verschiedene Tierheime. Ich war in Essen Amtstierarzt. Dort gab es ein städtisches Tierheim mit einem ganz anderen Hintergrund. Dort haben wir als Amtstierärzte nebenbei auch noch die Standardbehandlung durchgeführt.

Aber die meisten Tierheime, die ich kenne, sind spendenfinanziert, privatwirtschaftlich durch Vereine finanziert. Diese kommen an Grenzen. Wir haben in Coesfeld ein neues Tierheim gebaut. Als Kreis konnten wir keine Umlage machen und nicht einmal einen Zuschuss gewähren, weil wir als Kreis durch die Kommunen umlagenfinanziert sind. Die betreuen vor allem das neue Tierheim in Coesfeld, den Nordkreis, und wir können nicht sagen, dass wir von den Kommunen auch vom Südkreis Geld in den Nordkreis geben. Das geht politisch nicht.

Wir haben mit dem Tierheim ganz klare Verträge. Wir rechnen, anders als vielleicht Abgabetiere, mit einem Pauschalbetrag. Jedes Tier, das wir behördlich unterbringen, wird mit der Tagespauschale abgegolten, und tierärztliche Behandlungen kommen hinzu. Das heißt, wir tragen als Kreis schon unsere Kosten.

Das Tierheim in Coesfeld ist sehr fortschrittlich. Das macht jedes Jahr eine Berechnungsgrundlage mit allen Kommunen, die dort Fundtiere unterbringen lassen, und die berechnen ziemlich klar. Bei diesem Tierheim läuft die Wirtschaftlichkeitsberechnung.

Ich kenne aber auch Tierheime in anderen Kreisen. Dort wollen sehr liebe Menschen hochmotiviert etwas für die Tiere tun, aber die krauchen in schlechten Behausungen und Stallungen herum. Leider fehlt es manchmal den Leuten, die aus Tierschutzgründen hochmotiviert sind, an betriebswirtschaftlichen Kenntnissen, wie man so einen Tierheimbetrieb führt.

Tierheime können nicht von ein paar Euro und Spenden leben. Das ist ein Problem, und deswegen begrüße ich ausdrücklich, dass diese Tierheime in die Lage versetzt werden sollen, wirtschaftliche Aspekte berücksichtigen zu können, selbst wenn es nur eine Art Schmalspurwirtschaftslehrgang wäre. Wie die Teilnahme ist, wie es angenommen wird, wie die Kapazitäten personell sind, ist die nächste Frage – Sie müssen auch jemanden haben, der das machen will.

Ich bin in Coesfeld derzeit in einer glücklichen Lage, aber ich weiß, dass es in anderen Kommunen sehr viel schlechter aussieht.

Dietmar Brockes (FDP): Vielen Dank vonseiten der FDP-Fraktion, dass Sie uns heute zur Verfügung stehen und auch für Ihre schriftlichen Stellungnahmen. – Ich würde gerne mit Herrn Plinz anfangen. Wie stellen Sie sich konkret eine rechtssichere, transparente und zugleich praxistaugliche Lösung vor, damit Kommunen ihrer Verpflichtung zur Kostenerstattung verlässlich nachkommen, ohne dass Tierheime dauerhaft auf Spenden zugreifen müssen?

Jürgen Plinz (Tierschutzverein für den Kreis Düren *[per Video zugeschaltet]***):** Die rechtliche Situation ist einfach und schnell geklärt. Es besteht eine Verpflichtung der Kommunen, die Kosten für die Versorgung der eingewiesenen Fundtiere zu bezahlen. Das scheitert an zwei Ebenen.

Einerseits sind viele Tierschutzvereine nicht in der Lage, aufgrund ihrer Führung und deren betriebswirtschaftlichen Ausbildung, diese Kosten konkret zu berechnen. Und falls sie es doch können, dann haben wir andererseits sehr häufig Verhandler aufseiten der Kommunen – das ist aus meiner Sicht der absolut überwiegende Teil in NRW –, die versuchen, diese Kosten anzuzweifeln und die Zuzahlung an die Tierheime als Zuschuss zu bewerten und dies so niedrig wie möglich zu halten.

Es gibt verschiedene Berechnungsmodelle, mit denen sich sehr gut berechnen lässt, wie die tatsächlichen Kosten sind. Wir müssen in Deutschland, in Nordrhein-Westfalen ein Berechnungsmodell festlegen, und alle Tierheime müssten danach ihre Kosten berechnen und abrechnen. Das ist zwar etwas Arbeit, aber sicherlich möglich.

Norwich Rüße (GRÜNE): Ich bedanke mich bei den Sachverständigen, die uns zur Verfügung stehen. – Meine erste Frage richtet sich an Herrn Dr. Unna. In Ihrer Stellungnahme zeichnen Sie ein düsteres Bild, dass Tierheime nicht fortgeführt werden können, wenn die Finanzierung nicht verbessert wird. Sie sprechen von bis zu 25 % der Tierheime. Das ist meines Wissens bislang aber noch nicht passiert. Wie kommen Sie zu dieser Einschätzung? Wie unterscheidet sich die Lage der Tierheime im städtischen und im ländlichen Raum?

Dr. Ralf Unna (Landestierschutzverband Nordrhein-Westfalen): Fundtierunterbringung ist eine Pflichtaufgabe der Kommune, und dieser hat sich die Kommune zu stellen – entweder selber im Eigenbetrieb oder indem sie sich Dritter bedient. Diese Dritten werden dann für ihre Dienstleistungen bezahlt. Aus Sicht des Landestierschutzverbandes sind diese Kolleginnen und Kollegen Dienstleister, die dafür auch korrekt zu bezahlen sind. Das hat nichts mit Zuschuss oder Goodwill oder irgendeiner Form von Spendengeldern zu tun.

Wir sehen in Nordrhein-Westfalen einen extrem heterogenen Flickenteppich. Der Landestierschutzverband NRW spricht für circa 130 Vereine in der Fläche. Es sind, glaube ich, momentan etwa 84 Tierheime, die nach § 11 Tierschutzgesetz zugelassen sind, und das sind die Stellen, die potenziell diese Dienstleistung kostenpflichtig erbringen. Das sollte zum Selbstkostenpreis passieren. Wir sehen aber leider, dass es je nach Aufstellung der Vereine sehr unterschiedliche Verhandlungspositionen gibt.

Es gibt bis heute nach meinem Kenntnisstand noch Kommunen oder Landkreise, die Zahlungen als Zuschuss werten. Das ist aus meiner Sicht falsch. Für diese Dienstleistung sollte korrekt bezahlt werden. Anhand von Berechnungsmodellen sollten zumindest Untergrenzen eingeführt werden, damit Vereine nicht unter ihren Selbstkostenpreisen bezahlt werden. Solche Vorgänge gibt es aber, und das führt mittelfristig irgendwann in die Insolvenz dieser Vereine.

Das kann auch nicht im Sinne der Kommune sein. Das ist aus meiner Sicht kontraproduktiv, weil die Aufgabe dann an die Kommune selber zurückfällt, und wir haben eine ungefähre Vorstellung davon, was es kostet, wenn eine Kommune oder der öffentliche Dienst 24/7 so eine Einrichtung betreibt. Das ist in etwa zwischen 50 und 100 % teurer, als wenn wir und unsere Mitgliedervereine das betreiben. Das hat etwas mit Tarifstrukturen und Ähnlichem zu tun.

Auf der anderen Seite wissen wir, dass es einen großen Gap zwischen ländlichem und städtischem Raum gibt. In der Stadt, in der wir gerade sind, gibt es einen sehr gut aufgestellten Tierschutzverein, aber in der Fläche sieht es teilweise deutlich anders aus.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Wir beginnen mit der nächsten Fragerunde.

Bianca Winkelmann (CDU): Herr Dr. Unna, Sie können gerne weiter ausführen. Ansonsten würde ich Sie auch noch um ein Statement zum Thema „Datenbank“ bitten.

Ich denke, dass wir diesbezüglich bereits ein gutes System haben, das schon funktioniert. Müssen wir trotzdem noch etwas Neues entwickeln?

Dr. Ralf Unna (Landestierschutzverband Nordrhein-Westfalen): Aus meiner Sicht sollte eine Basalabsicherung gegeben sein, durchaus auch zum Nutzen der Kommunen, damit sie einen stabilen Partner haben. Man kann das auch regeln, indem man in Ausschreibungstexten auch ideellen Tierschutz, Jugendtierschutz und Ähnliches integriert.

Mir ist ganz wichtig zu sagen, dass unsere Vereine nicht nur Dienstleister sind, nicht nur Tierschutz betreiben, sondern dass wir regelmäßig auch Menschen, die zum Beispiel mit dem Gesetz in Konflikt geraten sind, die Möglichkeit geben, Sozialstunden bei uns abzuleisten und diese Leute wieder zu integrieren. Teilweise erleben junge Menschen bei uns das erste Mal so etwas wie einen geregelten Arbeitsablauf, ein Dienstverhältnis oder eine An- und Abmeldung für einen genehmigten Urlaub. Das sind simple Dinge, die bei vielen Menschen in dieser Altersgruppe noch nicht so etabliert sind. Hier nehmen wir eine große soziale Verantwortung wahr. Eine große soziale Verantwortung übernehmen wir auch für Seniorinnen und Senioren, die bei uns zum Beispiel Hunde ausführen, weil sie selber keine halten dürfen etc.

Das heißt, dass wir eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe übernehmen. Von daher ist es sehr wichtig, die Vereine vor Ort dezentral zu unterstützen und ihnen die Möglichkeit zu geben, zu arbeiten. Dafür braucht es aber eine wirtschaftliche Grundlage, und die ist leider sehr heterogen verteilt. Das hat auch damit zu tun, wie die Vorstände der einzelnen Vereine zusammengesetzt sind.

Es gibt es hervorragende Kollegien, in denen BWLer, Banker, Juristen, Tierärzte zusammensitzen. Es gibt aber auch sehr engagierte Kolleginnen und Kollegen, die die Betriebswirtschaft nicht im Auge behalten. Daher haben wir tatsächlich Vereine, die sich am Rande der Insolvenz bewegen. Wir sehen das etwa beim Thema „Notfallfonds“. Es gibt Leute, die im Oktober feststellen, dass es Winter wird und dass das Heizöl ausgeht.

Zudem gibt es auch einen enormen Kostendruck auf die Tierheime: Energiekosten, Mindestlohn, Tarifabschlüsse. Von uns wurde vor 20 Jahren gefordert, dass wir uns professionalisieren sollten. Das haben wir getan. Es gibt im Gegensatz zu früher eigene Pflegeberufe, Tierpfleger, Heim- und Pensionstierpfleger. Wir haben eigene Tierärzte, wir haben angeschlossene Praxen usw.

Jetzt haben wir die Qualität, aber wir haben auch den entsprechenden Kostenapparat. Es ist frustrierend, dass wir unsere Hausaufgaben machen, unsere Gebäude energetisch sanieren usw., aber dann in die Kostenfalle tappen.

Inge Blask (SPD): Ich habe eine Frage an Frau Piasetzky. Sie haben in Ihrer Stellungnahme einen Hundeführerschein ins Spiel gebracht. Wie bewerten Sie die Umsetzbarkeit und Wirksamkeit eines solchen Instrumentes?

Monika Piasetzky (Tierschutzverein Düsseldorf und Umgebung 1873): Ich bedanke mich für die Einladung. – Der Hundeführerschein ist ein Plan unseres Hauses, den wir verfolgen. Den haben wir auch schon im freiwilligen Bereich umgesetzt, auch mit Kindern, um unser Tierheim dahingehend zu entlasten, dass die Leute mit vermittelten Hunden umgehen können und wir diese nicht umgehend zurückbekommen.

Wir haben ausgebildete Tierpfleger, wir haben Fachleute, wir haben Trainer, aber wir sind auch ein großes Tierheim. Das kann nicht jedes kleine Tierheim haben. Aber wir wären gerne bereit, kleineren Tierheimen in der Umgebung Unterstützung anzubieten.

Ein Hundeführerschein wäre wichtig, damit Basisfehler vermieden werden und dass man den Bezug zum Tierheim behält, wenn man von dort einen Hund übernimmt. Das wäre eine Weiterentwicklung und würde auch eine allgemeine Haltungsverbesserung bedeuten, wenn das per Gesetz oder im größeren Stil passieren würde. Wir haben das im Kleinen mit sehr guten Erfahrungen ausprobiert; das würde das Bild wirklich sehr verändern.

Vor allen Dingen könnte man auch etwas dagegen unternehmen, dass Hunde einfach aus Lust und Laune angeschafft werden. Das passiert häufig, etwa in der Coronazeit aus Langeweile. Dann mussten die Leute plötzlich und überraschend wieder ins Büro und wussten nicht, was sie mit dem Hund machen sollen.

Ein Hundeführerschein wäre ein großer Schritt in die richtige Richtung zur Entlastung der Tierheime und um den Hunden ein besseres Leben und eine dauerhafte Bleibe zu vermitteln.

Dietmar Brockes (FDP): Frau Piasetzky, welche drei konkreten Änderungen würden Sie vorschlagen, um den Zugang zu Fördermitteln für kleine und mittlere Tierheime zu erleichtern und um zugleich sicherzustellen, dass die Mittel auch wirksam und zweckgerichtet eingesetzt werden können?

Monika Piasetzky (Tierschutzverein Düsseldorf und Umgebung 1873): Zunächst einmal muss man bei jedem Tierheim die Kostengrenze und die Mindestbelastung ausrechnen und sich die Kalkulation anschauen. Oder man hat eine Basisberechnung und passt diese ein wenig an.

Das könnte funktionieren, weil es Tierheime mit ganz unterschiedlichen Projekten und Ausrichtungen gibt. Ein Tierheim hat hauptsächlich Katzen, eines hat hauptsächlich Hunde, ein drittes nimmt auch Wildtiere, hat eigene Tiere etc. Es muss eine Basis geschaffen werden, auf der man aufbauen kann. Dann kann sich jedes Tierheim ausrechnen, was es pro Tag pro Tier braucht, wie viele Kosten man hat und wie viel man davon von den Geldgebern verlangen kann.

Man muss einfach richtig kalkulieren und sagen, was es kostet – und zwar auch ein bisschen großzügig. Viele sind sehr vorsichtig und trauen sich kaum, die konkreten Kosten zu nennen. Aber im Grunde steigen die Kosten unaufhörlich, und wir müssen auch neu verhandeln. Man muss im Gespräch bleiben.

Die Förderung ist auch so ein Problem. Extraförderungen für Kastration oder Umbauten haben wir bis jetzt nicht in Anspruch genommen, weil damit auch immer Bedingungen verknüpft sind, die wir nicht haben wollen und auch nicht brauchen. Ich traue jedem einzelnen Tierheim und dessen Tierheimleitung zu, dass sie selber entscheiden, in welchem Ausmaß sie zum Beispiel Auslandstierschutz machen wollen. Darüber kann man selbstverständlich reden; das muss auch seine Regeln haben und vernünftig sein. Es gibt aber Gründe, warum man das macht. Wir machen das seit vielen Jahren in kleinem Maße. Ich verdiene an diesen Hunden kein Geld, aber wir wollen auch die Hunde und Katzen anbieten, die tatsächlich verlangt werden.

Plakativ gesagt: Wenn von 100 Hunden im Tierheim 80 groß und schwarz sind, brauche ich auch ein paar kleine weiße, damit die Leute kommen. Deshalb haben wir absolut vertrauenswürdige Partner im Ausland, die nicht mit Welpen handeln und außerhalb jeder Kritik stehen. Wir waren dort schon vor Ort und haben uns das angeschaut. Von denen beziehen wir bei Bedarf Hunde im Alter von 1-4 Jahren, um die entsprechenden Interessenten anzulocken.

Norwich Rüße (GRÜNE): Ich würde gerne an die Frage der FDP anschließen und Herrn Plinz dazu befragen. Bei Besuchen in Tierheimen spreche ich häufig über die Frage, wie eine Förderung aussehen muss. Dann bekomme ich gerade von kleinen Tierheimen die Antwort: Wir möchten gar nichts Großes machen, wir möchten kleine Projekte machen, wir möchten lieber häufiger etwas machen als einmal alle zehn Jahre, aber dazu passt die Förderung nicht so richtig.

Im Antrag steht die Frage, ob man die IT-Ausstattung mit in die Förderung aufnehmen könnte. Können Sie dazu etwas sagen, auch weil wir darüber reden, das Förderprogramm im Aufwand zu vereinfachen.

Jürgen Plinz (Tierschutzverein für den Kreis Düren *[per Video zugeschaltet]***):** Die Frage ist besonders wichtig, weil wir es immer wieder erleben, dass die Fördermittel nicht abgerufen werden. Mein Tierschutzverein hat gerade Fördermittel erhalten und hat gebaut, aber es gab einige Stolperfallen. Wir haben für über 500.000 Euro gebaut, das heißt, 100.000 Euro kamen vom Land und über 400.000 Euro musste der Tierschutzverein selber beibringen. Dieses Geld haben viele nicht, und dann fallen sie aus der Förderung heraus.

Wenn man die Förderkriterien weiter öffnen und vereinfachen würde, wäre zum Beispiel auch eine IT-Ausstattung für einen Tierschutzverein möglich, der nicht die Möglichkeiten hat, ein neues Gebäude zu bauen.

Eine Vereinfachung sollte auch bei großen Baumaßnahmen stattfinden. Die Regularien beim Deutschen Tierschutzbund verlangen ab 5.000 Euro Angebote, nur findet man kaum noch Handwerker, die die Angebote überhaupt schreiben. Wir haben nachher in der Abrechnung enorme Aufwendungen; die Belegführung nachzuweisen ist ein Aufwand.

Die Einweihung war im Juli dieses Jahres, und mein Stellvertreter ist immer noch mit der Abrechnung für das Land Nordrhein-Westfalen beschäftigt – und das nur für 100.000 Euro von 500.000 Euro Baukosten. Mein Stellvertreter macht das im Ehrenamt, und das ist eine persönliche Belastung, die aus meiner Sicht entschlackt gehört.

Ich unterstütze auf jeden Fall eine weitere Öffnung für andere Anschaffungen: IT, Innenausstattung, neue Quarantäneboxen, wenn das Veterinäramt die alten Boxen bemängelt. Es sind immer wieder Sanierungen oder Modernisierungen notwendig. Dafür muss eine Öffnung her, und es muss eine deutliche Erleichterung geben, wie das zu machen ist.

Zacharias Schalley (AfD): Verzeihung für meine Verspätung; parallel war eine Sitzung des Familienausschusses mit Haushaltseinbringung. – Meine erste Frage würde ich an Frau Piasetzky richten. Die Arbeit in Tierheimen wird stark ehrenamtlich geleistet, aber allgemein wird häufig von der Krise des Ehrenamtes gesprochen. Wie sieht die Altersstruktur in Ihrem Tierschutzverein aus, insbesondere was die Verwaltungsaufgaben angeht, nicht die konkrete Arbeit an Tieren? Wie sieht der Personalpool aus? Wie lange werden Sie das, was benötigt wird, personell abdecken können?

Monika Piasetzky (Tierschutzverein Düsseldorf und Umgebung 1873): Wir gehören zu den großen Tierheimen und haben über 60 Mitarbeiter. Vielleicht zehn davon sind sogenannte Minijobber, die anderen sind fest angestellt; anders würden wir das gar nicht schaffen.

Die Ehrenamtler gehen bei uns mit den Hunden raus, streicheln die Katzen oder helfen auch schon einmal im Sonntagsdienst aus. Manche Ehrenamtler machen Taubenschläge sauber. Wir haben einige Projekte, in denen Ehrenamtler eingebunden sind. Wir haben zwischen 80-100 Ehrenamtler, die aber auch nicht immer zur Verfügung stehen. Sie können einem Ehrenamtler auch keine Arbeit abverlangen; er macht das freiwillig. Deshalb haben wir an den neuralgischen Punkten sowohl in der Pflege als auch in der Verwaltung Angestellte.

Ehrenamtler werden trotzdem sehr gebraucht und sind wichtig für uns, weil das Arbeitsvolumen ständig steigt. Die Tiere werden mehr, und unsere eigenen Ansprüche werden ebenfalls höher. Früher hat man die Tiere einfach nur verwahrt. Heute ist die Situation anders: Wir müssen Hunde ausbilden, wir müssen Katzen händelbar machen, wir müssen uns um Kleintiere kümmern.

Alle Tiere, die zu uns kommen, haben ein Schicksal hinter sich, und das hat auch einen Einfluss auf ihr Verhalten. Wir haben beispielsweise zwei Hundetrainer. Daran hätte vor 10, 15 Jahren noch niemand einen Gedanken verschwendet.

Sie müssen uns als einen Dienstleister betrachten. Wir sind kein Hobbyunternehmen. Tierschutzvereine werden wie ein normales Unternehmen geführt. Ich habe personelle Verantwortung und Probleme genau wie jede andere Firma.

Wir leben hauptsächlich von Erbschaften und Spenden und zu einem Drittel von der Stadt Düsseldorf. Um all unsere Aufgaben stemmen zu können, müssen wir mit sehr spitzem Stift rechnen.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Wir kommen jetzt zur dritten Fragerunde, und ich würde die Reihenfolge der Frager jetzt umdrehen.

Zacharias Schalley (AfD): Frau Piasetzky, Sie sagten, Sie beschäftigten zum Beispiel Hundetrainer. Können Sie näher ausführen, wie Sie Ehrenamtler und Angestellte im Umgang mit den Tieren befähigen? Ein Hundetrainer hat eigentlich eine Ausbildung gemacht. Suchen Sie für diese Arbeit einen Ehrenamtler, den Sie befähigen, oder einen Angestellten mit fertiger Ausbildung? Wie läuft das ab, und wie finanzieren Sie das? Gibt es dafür projektbezogene Förderung von Stadt oder Land?

Monika Piasetzky (Tierschutzverein Düsseldorf und Umgebung 1873): Unsere Hundetrainer sind beide angestellt, und sie arbeiten viel mit Ehrenamtlern zusammen. Wir haben die sogenannten Gassigeher, die morgens kommen. Das sind häufig ältere Leute oder Studenten oder Menschen, die sich ihre Zeit gut einteilen können oder die am Samstag oder Sonntag kommen.

Wenn sich jemand von den ehrenamtlichen Gassigehern bereit und in der Lage zeigt, etwas dazuzulernen und man ihnen diese Hunde – wir haben auch sehr viel schwierige Hunde –, an die Hand geben kann, ist das eine sehr wichtige Sache. Dann arbeitet der Hundetrainer mit den Gassigehern und auch mit den anderen Mitarbeitern zusammen. Alle müssen etwas lernen, in den einzelnen Abteilungen, aber auch die Interessenten. Denn wenn sich jemand für einen großen Hund, vor dem man Respekt hat, interessiert, muss er auch mit dem Tier klarkommen.

Die Tiere haben alle ihre Ecken und Kanten, und darauf müssen wir eingehen, denn wir wollen den Hund nicht wieder zurückhaben. Der Hund soll ein Zuhause bekommen; das ist meiner Ansicht nach der Sinn der Sache, und dafür müssen wir etwas tun. Diese Ansprüche hatten wir früher nicht. Damals wurde ein Hund einfach vermittelt und kein Mensch hat nachgefragt, wie sich der Hund benimmt, wenn dieses oder jenes passiert.

Das hat sich sehr gewandelt, darauf müssen wir eingehen, und das kostet richtig viel Geld. Ehrenamtler zu haben, ist wunderbar, aber die Trainer wollen auch Geld verdienen. Sie sind hoch ausgebildet, und die haben wir uns fein säuberlich ausgesucht.

Wilhelm Korth (CDU): Wir haben schon viel über Geld geredet. Ich habe das Gefühl, die Kosten explodieren immer weiter. Herr Dr. Nieters, wo sind die Kostentreiber in diesem System? Es werden verschiedenste Arten von Tieren abgegeben, und einige sind auch nicht zu vermitteln. Wie fallen diese in das System, was die Kosten angeht?

Dr. Markus Nieters (Kreis Coesfeld, Veterinärdienst und Lebensmittelüberwachung): Wir machen als Veterinäramt die Aufsicht, aber keine Wirtschaftlichkeitsberechnung. Aber soweit ich das aus meiner Erfahrung sagen kann, auch aus dem engen Kontakt mit dem Tierheim in Coesfeld, sind das aktuell Personalkosten, auch die Tierarztkosten, denn die Tierarztgebührenordnung ist angehoben worden. Lediglich im Bereich Katzenkastration bei verwilderten Hauskatzen gibt es einen Passus in der Gebührenordnung, nach dem wir andere Tarife aushandeln können. Die allgemeinen Kosten steigen natürlich auch.

Wir sind als Tierheim mittlerweile ein Abschiebepunkt. Mittlerweile sind es Hunde, die auf dem ersten Markt nicht mehr zu vermitteln sind. Wenn ein Hund Langzeitinsasse ist, wird er auch nicht mehr vermittelt. Es kommt keine Vermittlungsgebühr herein, obwohl die auch nur ein geringer Schutzbetrag ist. Die Vermittlungsgebühren decken die Kosten nicht.

Die Frage der Förderung trotz Auslandstierschutz halte ich nicht für unwichtig. Für einen großen Hund aus den hinteren Reihen interessiert sich der Normalbürger aus Tierschutzgründen nicht. Der bleibt als Dauerinsasse, und den pflege ich, bis er irgendwann eines natürlichen Todes stirbt. Einen kleinen, netten Hund hingegen kann ich schnell vermitteln. Auch die Auslandshunde kann ich schnell vermitteln. Dafür nimmt man bewusst die kleinen süßen Hunde. Es ist aber auch wichtig, nicht nur nach dem Aussehen zu vermitteln. Ich kenne Tierheime, die das machen. Es gibt diesbezüglich wirklich eine große Bandbreite.

Manche Tierheime wiederum erwarten nicht nur einen Hundeführerschein, sondern besichtigen die Wohnungen mehrfach, bevor sie einen Hund abgeben. Von so einer rigiden Hunde- oder Katzenvermittlung nehmen die Leute auch Abstand. Ich denke, wir müssen hier einen gesunden Mittelweg gehen.

Große Kostenfaktoren sind Gebäudekosten, Energiekosten und die nicht vermittelbaren Dauerinsassen.

Inge Blask (SPD): Ich habe eine Frage an Herrn Dr. Unna. Sie haben in Ihrer Stellungnahme auch das Thema „Leistungskataloge mit Gebühren“ vorgeschlagen. Können Sie uns das noch einmal konkret vorstellen? Welche Vorteile hätte das für die Tierheime und die Kommunen?

Dr. Ralf Unna (Landestierschutzverband Nordrhein-Westfalen): Es wäre von großem Vorteil im Sinne der Gleichbehandlung, wenn wir so einen Leistungskatalog hätten. Viele Stunden Verhandlungen würden entfallen, übrigens auch aufseiten der Kolleginnen und Kollegen vom Veterinäramt, wenn wir einen festen Leistungskatalog als Mindestempfehlung hätten, der wahlweise vom LANUV oder vom Ministerium oder von der Tierschutzbeauftragten kommen könnte, und aus dem man sich bedienen kann.

Es gibt vom Deutschen Tierschutzbund eine inzwischen völlig veraltete Untersuchung über Mindestsätze, die man den aktuellen Kosten anpassen müsste. Wenn wir so einen Leistungskatalog hätten, wäre das von großem Vorteil. Ein nicht unerheblicher

Teil der Tiere, die in den Tierheimen landen, werden von der öffentlichen Hand bei uns eingewiesen, entweder als Fundtier, als Sicherstellung oder als Beschlagnahme – von der Landespolizei, von der Bundespolizei, vom Zoll, Stichwort „Flughafen“ usw.

Dann treten wir als Dienstleister auf, und es wäre sehr hilfreich, wenn das vereinheitlicht werden würde. Ein Beispiel, das auch an die vorherige Frage anknüpft: Wenn ein einjähriger schwarzer Staffordshire-Rüde als indizierte Rasse sichergestellt wird, dann kenne ich persönlich Tiere, die über zehn Jahre im Tierheim gesessen haben und dann noch vermittelt worden sind. Das sind psychisch und auch physisch gesunde Hunde aufgrund der guten Haltungsbedingungen.

Aber wenn Sie diese Kosten von 25 Euro pro Tag entsprechend hochrechnen, kommen Sie auf einen hohen fünf- respektive niedrigen sechsstelligen Betrag. Ich will nicht sagen, dass das ein vernünftiger Grund für eine Euthanasie im Sinne des deutschen Tierschutzgesetzes ist. Wir werden das nicht tun, aber es gibt einen enormen Kostendruck auf die Vereine. Es gab eine Zeit vor 15 Jahren, da wurden solche Tiere sichergestellt und am nächsten Tag freigegeben. Dann hat die Kommune für genau einen Tag spitz abgerechnet und den Tagesbetrag gezahlt, doch der Hund saß zehn Jahre bei uns. Ich bin nur Tierarzt und kein Jurist, aber in meiner Rechtswahrnehmung kommt das in die Nähe der Veruntreuung von Spendengeldern, was wir da tun.

Dietmar Brockes (FDP): Herr Plinz, welche digitalen oder organisatorischen Investitionen halten Sie für am dringendsten, um Tierheime langfristig effizienter, kostensparender und entsprechend professioneller aufzustellen?

Jürgen Plinz (Tierschutzverein für den Kreis Düren *[per Video zugeschaltet]***):** Das ist abhängig von den einzelnen Tierheimen. Einrichtungen wie Düsseldorf oder meine sind wahrscheinlich auf einem relativ neuen Stand ausgestattet. Kleinere Tierheime haben eher Einzel-PCs und sind wahrscheinlich nicht in Netzwerken eingebunden.

Die Frage der Software, auch die Software des Deutschen Tierschutzbundes, ist aber ebenfalls entscheidend. Die Fortbildung der Mitarbeitenden inklusive der Vorstände, die ihr Tierheim komplett oder nahezu komplett digitalisieren, ist ein Baustein, der meist vergessen wird und ganz wichtig ist.

Norwich Rüße (GRÜNE): Dr. Unna, hier sind die Worte „Auslandshunde“ und „Auslandstier-Klausel“ gefallen. Das ist ja in der Tat der Unterschied zwischen dem SPD-Antrag und unserem Antrag: Öffnet man die Förderung an der Stelle oder nicht? – Wir haben uns dafür entschieden, dass wir das nicht wollen. Ich hätte gerne von Ihnen die Hintergründe dazu erläutert. Wie würden Sie das einschätzen?

Dr. Ralf Unna (Landestierschutzverband Nordrhein-Westfalen): Aus meiner Sicht ist es so, dass Auslandstierschutz durchaus sinnvoll sein kann. Stichwort ist hier Hilfe zur Selbsthilfe, und das ist völlig in Ordnung. Es gibt viele Mitgliedsvereine, die das tun.

Eine völlig andere Frage ist, inwiefern das mit Steuergeld des Landes Nordrhein-Westfalen, zumindest indirekt, gefördert werden sollte. Dazu muss ich als praktizierender Tierarzt sagen, dass wir tatsächlich Krankheitsgeschehen, Infektionskrankheiten aus dem Mittelmeerraum haben: Ehrlichiose, Barbesiose, Leishmaniose, Dirofilaria. Leishmaniose ist übrigens eine chronische, humanpathogene Erkrankung. Diese Erkrankungen könnten gegebenenfalls über diesen Weg eingeschleppt werden. Als praktizierender Tierarzt habe ich große Zweifel, wie sinnvoll es ist, wenn man das systematisch macht.

Hilfe zur Selbsthilfe vor Ort ist völlig in Ordnung. Einzelfallhilfe ist völlig in Ordnung. Die Übernahme von einzelnen Tieren, die aus dem Ausland kamen und bei privaten Haltern gelandet sind, ist völlig in Ordnung. Das ist aber auch nicht als Ausschusskriterium gemeint, wenn ich das richtig sehe. Den massenhaften oder regelmäßigen Import sehe ich aber aus medizinischen Gründen ausgesprochen kritisch – wissend, dass das trotzdem stattfindet.

Die einzelnen Vereine sind keineswegs gezwungen, auf eine mögliche Förderung zu verzichten. Es steht jedem Verein frei, die Förderung in Anspruch zu nehmen und keine Tiere mehr zu importieren oder die Förderung nicht in Anspruch zu nehmen. Es steht auch jedem Verein frei, eine zweite Gesellschaft zu gründen und einen ideellen Tierschutzteil und einen kommerziellen Tierschutz- oder Importteil zu haben.

Das heißt, es gibt Wege, diese Frage rheinisch zu lösen. Aber vom Grundsatz her bin ich der Meinung, dass dieser Tatbestand nicht aus NRW Steuergeldern finanziert werden sollte – und zwar aus medizinischen Gründen, die zu tierschutzrelevanten Tatbeständen führen können.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Wir beginnen mit der vierten Fragerunde und Herrn Brockes, der zu einer anderen Ausschusssitzung muss und gebeten hat, noch einmal dranzukommen.

Dietmar Brockes (FDP): Ich würde gerne Dr. Nieters zum Thema „Katzenkastration“ fragen wollen. Wie sollte die Wirksamkeit von Kastrationsprogrammen gemessen werden, damit eine Mittelaufstockung nicht nur symbolisch wirkt, sondern tatsächlich auch zu einer Verringerung der Population und zur Entlastung der Tierheime führt?

Dr. Markus Nieters (Kreis Coesfeld, Veterinärdienst und Lebensmittelüberwachung): Die Katzenkastrationsmöglichkeit nach Tierschutzgesetz hat nicht das Ziel, Tierheime zu entlasten. Der Gesetzeszweck ist eine Verringerung der Katzenpopulation, um Krankheiten bei verwilderten Katzen zu reduzieren und diese verwilderten Katzen vor diesen Krankheiten zu schützen.

Das ist ein ganz schwieriges Thema. Für mich ist das ein Buch mit vielen Unbekannten Es bräuchte wissenschaftliche Evaluierungen, ab welcher Populationsdichte, unter welchen Gegebenheiten und in welchen Habitaten welche Krankheiten auftreten und ab welcher Populationsdichte die Krankheiten nicht mehr da sind.

Das ist schwierig, und deswegen machen manche eine Katzenschutzverordnung und manche nicht. In Coesfeld haben wir eine Katzenschutzverordnung. Wir berichten dazu jedes Jahr, weil wir auch im Bereich „Katzenkastration“ die entstandenen Kosten eins zu eins zahlen und nicht nur eine Pauschale oder eine bestimmte Anzahl, bei der ich nach Überschreitung die Kosten nicht mehr übernehme. Wenn ich eine Verordnung erlasse, bin ich Auftraggeber, dann zahle ich auch dafür.

Wir machen jedes Jahr eine Evaluierung. Die praktischen Tierärzte, die im Rahmen der Katzenkastrationsverordnung Katzen kastrieren, notieren, welche Krankheiten vorgelegen haben. Wir werten das jedes Jahr aus. Ich berichte im Kreistag oder zumindest im Ausschuss, wie viele Katzen wir kastriert haben, ob sie männlich oder weiblich waren und wie der Krankenstand bei den Katzen gewesen ist.

Stellen wir eine Reduktion der Krankheiten fest? – Es ist schwierig. Ich denke, wenn überhaupt, wäre es nur zielführend, wenn nicht nur der Kreis Coesfeld, sondern flächendeckend alle Kreise im ganzen Land so etwas machen würden. Wir haben Hotspots, aber eigentlich müsste das landes- oder bundesweit gemacht werden.

Wir zahlen im Kreis Coesfeld als Auftraggeber alle Kosten. Ich kenne aber Nachbarkreise, die die Kosten deckeln und nur für eine bestimmte Anzahl zahlen. Ich stelle mir das schwierig vor.

Bianca Winkelmann (CDU): Herr Plinz, ich zitiere kurz aus Ihrer Stellungnahme: „Es kann davon ausgegangen werden, dass städtische Tierheime nicht dieselbe Bandbreite an Tierschutzaufgaben erfüllen wie gemeinnützige, ideell geführte Vereine, die sich verpflichten, sich um alle Tiere zu sorgen, egal welcher Herkunft.“ – Jetzt könnte man, wenn man es böse lesen würde, sagen, Sie unterstellten, dass sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in städtischen Tierheimen nicht so gut um die Tiere kümmern. So haben Sie es aber wahrscheinlich nicht gemeint; und deshalb wollte ich nachfragen, wie sie es gemeint haben.

Jürgen Plinz (Tierschutzverein für den Kreis Düren *[per Video zugeschaltet]***):** Natürlich habe ich das nicht so gemeint. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den von Städten betriebenen Tierheimen sind genauso professionell mit den Tieren im Umgang wie die gut ausgebildeten Tierpflegerinnen und Tierpfleger in von Vereinen betriebenen Tierheimen.

Es geht um den ideellen Bereich, der sehr häufig vergessen wird. Das, was Tierschutzvereine über den Zweckbetrieb, wie die Versorgung von Fund-, Abgabe- und Wegnahme-Tieren steuerrechtlich heißt, hinaus tun, machen städtische Tierheime in der Regel nicht, weil es nicht ihre Aufgabe ist. Die Behörde hat nicht die Aufgabe, Wildtiere zu versorgen oder Jugendarbeit zu machen.

Inge Blask (SPD): Wir als SPD fordern die Streichung der Auslandstierklausel. Herr Dr. Nieters, wie sehen Sie das? Dr. Unna hat gesagt, medizinische Gründe würden dagegensprechen. Würden Sie das bestätigen?

Dr. Markus Nieters (Kreis Coesfeld, Veterinärdienst und Lebensmittelüberwachung): Ich sehe es nicht ganz so wie der Kollege Unna. Grundsätzlich sage auch ich als Steuerzahler in NRW, dass Steuergeld aus NRW für deutschen Tierschutz in NRW ausgegeben werden muss und nicht für Hunde im Ausland. Ich stimme auch zu, dass durch die Mittelmeerhunde auch Krankheiten nach Deutschland kommen.

Gleichwohl sehe ich, wenn ein Tierheim wie ein Hotel, bei dem nicht alle Betten ausgebucht sind, Luft hat, dann kann ich unter bestimmten Umständen damit leben, dass auch Auslandshunde geholt werden, die in der Regel schnell vermittelt werden können. Damit kann man indirekt ein bisschen die Kosten reduzieren, weil ich die Personalkosten und die Abschreibungen des Deckungsanteils für den Platz sowieso habe. Wir wollen aber auf gar keinen Fall, dass ein Tierheim sich zu einem Auslandshändler entwickelt.

Ich habe letzte Woche noch dem Tierheim im Coesfeld diese Erlaubnis erteilt, mit ganz klaren Auflagen, auch mit Ersttestungen im Ausland – wir wissen auch, dass das nicht ausreicht – und mit dem ganz klaren Konzept dahinter, dass Hunde weiter untersucht, nachbehandelt und nachuntersucht werden müssen, damit diese Krankheiten nicht durch eine gute Absicht des Tierheims weiterverbreitet werden.

Wir müssen uns aber auch nichts vormachen: Wenn das nicht kontrolliert abläuft, dann läuft es illegal. Das ist der Fall, den wir momentan haben. Deswegen: lieber Auslandshunde machen, ohne Fördermittel abzugreifen. In die Erlaubnis, die ich erteilt habe, habe ich ganz klar geschrieben, dass die Plätze für unsere Abgabetiere aus den Fundbüros von den Kommunen usw. erhalten bleiben müssen. Nur wenn dann Betten frei sind, kann ich damit leben, dass man diese Betten unter Einhaltung strenger Bedingungen nutzt, um die Ausgaben gering zu halten.

Norwich Rüße (GRÜNE): Tierheime brauchen Flexibilität. Ich war neulich in einem Tierheim und dort hatte man in den letzten zwei oder drei Wochen 20 Hunde bekommen. Wie kann man in einer solchen Situation Auslandstierhunde integrieren? Wie passt das in ein System, das eigentlich flexibel sein muss?

Dr. Markus Nieters (Kreis Coesfeld, Veterinärdienst und Lebensmittelüberwachung): Dann ist das Tierheim in seinem Management gefragt. Das ist im Prinzip wie in einem Hotel. Wir haben einen Maximalbestand, das heißt, maximal zwei Zwinger, in die maximal jeweils zwei kleine Hunde passen. Aber die Tierheime wissen diesbezüglich mehr und haben mehr Erfahrung.

Wir haben dieses Jahr nicht viele Fundhunde gehabt, warum auch immer. Wir haben oft Peaks zu gewissen Zeiten, beispielsweise nach Corona war ein Peak. Wenn die Tierheime Luft haben, geht es ganz schnell. Diese Tierheime haben feste Partner, das kann man nicht mit Straßenhunden aus Rumänien machen. Mit festen Partnern kann man die Zwinger recht zügig und nicht auf Dauer zwischenbelegen. Wir haben in Coesfeld maximal 30 solcher Hunde pro Jahr. Das ist nicht vergleichbar mit dem, was andere Vereine mit hunderten von Hunden machen. Ich halte es betriebswirtschaftlich

für sinnvoll, diese Betten zwischenzubelegen, ohne von vornherein Steuergelder einzuplanen und ohne drei Zwinger allein für den Auslandstierschutz zu bauen.

Eine Förderung baurechtlicher Art muss meines Erachtens schon danach gehen, was ich an hiesigen Tieren erwarte plus einen kleinen Puffer, weil man nie genau weiß, wie viele Tiere letztendlich kommen. Ich bin nicht dafür, von vornherein mehrere Zwinger für Auslandshunde zu haben.

Wenn man Auslandshunde nimmt, dann nur mit konkreten Partnern und mit großem Gesundheitsmanagement, damit wir uns über die Tierheime nicht noch als Verbreiter von Mittelmeerkrankheiten etablieren; das wäre kontraproduktiv. Unter diesen Bedingungen könnte ich durchaus damit leben, sodass es nicht illegal passiert.

Zacharias Schalley (AfD): Ich würde gerne noch einmal auf das Thema „Kosten“ zu sprechen kommen und dazu Herrn Dr. Nieters fragen. Wir haben auf der einen Seite die allgemeine Preissteigerung, also Energiekosten, Inflation. Aber wie haben sich in den letzten Jahren die Kosten im Kontext „Tierhaltung“ aufgrund von gesetzlichen Vorgaben beispielsweise die Tierarztgebühren verändert? Gab es vielleicht auch Veränderungen, was die vorgeschriebene Zwingergröße angeht, mehr Pflichtimpfungen für die Tiere etc.? Können Sie ausführen, ob die Politik durch irgendwelche Vorgaben vielleicht auch die Preise nach oben getrieben hat?

Dr. Markus Nieters (Kreis Coesfeld, Veterinärdienst und Lebensmittelüberwachung): Nach der letzten Novelle der Tierschutzhundeverordnung gab es eine Vergrößerung der Zwinger von den generellen sechs Quadratmetern auf gestaffelt sechs, acht und zehn Quadratmeter für die verschiedenen Hundegrößen.

Aber das ist, glaube ich, das geringste Problem. Das Problem sind vor allem die gestiegenen Personalkosten. Wir haben bei uns auch Fachpersonal in den Tierheimen, das bei uns im Kreis – und so kennen das andere Tierheime auch – tariflich bezahlt werden müssen. Zudem haben wir Futterkosten und Gaskosten. Das sind, glaube ich, die Hauptkosten. Aber ich habe keinen direkten Einblick, sondern bekomme das nur indirekt über die Tierheimleitungen gespiegelt.

Die Gebührenordnung für die Tierärzte hat lange geruht, und da war eine Anpassung zwingend fällig. Natürlich schlägt sich auch das in den laufenden Kosten, in den Betriebskosten des Tierheims nieder. Über Baukosten brauche ich auch nichts zu erzählen: Heute zu bauen, ist deutlich teurer als vor zehn Jahren.

Aber die Einflüsse gesetzlicher Art bezüglich der Unterbringungsmöglichkeiten haben sich nur geringfügig geändert, und die Frage der Zwingergröße ist nicht ganz so dramatisch.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Wir kommen zur fünften Fragerunde.

Bianca Winkelmann (CDU): Stichwort „Kosten“: Wir sprechen immer nur davon, dass alles teurer geworden ist. Gibt es aus Ihrer Sicht irgendwelche Möglichkeiten, Kosten in Tierheimen zu reduzieren, Frau Piasetzky?

Monika Piasetzky (Tierschutzverein Düsseldorf und Umgebung 1873): Diese Frage stelle ich mir auch täglich. Wir versuchen an allen Ecken und Enden, wo es geht, einzusparen. Aber was sollen wir weglassen? Die ärztliche Behandlung, die Ausbildung des Hundes, das Futter? – Wir haben gar keine Möglichkeit.

Wir brauchen auch genügend Unterbringungsmöglichkeiten; das ist im Moment unser Problem. Wir haben kürzlich zwei Container gekauft, weil wir unsere Katzen ansonsten hätten freilassen müssen. Also, es kommt immer etwas obendrauf. Wir müssen jetzt unser Katzenhaus erweitern. Wir hatten normalerweise im Sommer um die 150, 180 Katzen. Dieses Jahr hatten wir über 300. Die kamen aus allen Richtungen.

Wir haben Pflegestellen. Das ist auch ein Problem, über das wir uns Gedanken machen. Für Tiere, die wir nicht vermitteln können, weil sie zu groß, zu alt oder nicht gesund sind, haben wir ein Projekt: Wir bieten diese Tiere Menschen an und übernehmen die Kosten. Die Leute nehmen die Katze oder den Hund in ihre Wohnung, aber das Tier bleibt unser Eigentum, und wir zahlen beispielsweise den Tierarzt.

Wir dürfen nur Tiere versorgen, die in unserem Eigentum oder die von der Stadt geliefert worden sind. Das machen wir auch, aber wir haben Grenzen; wir können nicht unendlich anbauen. In unseren Fluren im Katzenhaus stehen Auffangboxen. Es ist eigentlich ein Unding, Katzen darin über Wochen und Monate unterzubringen, aber wir müssen es machen, weil wir keine andere Wahl haben.

Deshalb kann ich Ihnen beim besten Willen Ihre Frage nicht dahingehend beantworten, dass wir hier oder da sparen könnten.

Inge Blask (SPD): Ich würde gerne auch noch Herrn Plinz zum Thema „Auslandstierklausel“ fragen. Wie sehen Sie das Thema „Auslandstierklausel und Förderrichtlinie“ aus Sicht eines Tierschutzverbandes?

Jürgen Plinz (Tierschutzverein für den Kreis Düren *[per Video zugeschaltet]*): Ich möchte an Dr. Nieters anschließen. Wir können versuchen, es in geregelte Bahnen zu lenken oder geregelte Bahnen, die vorhanden sind, zu nutzen, oder wir überlassen es der Illegalität. Die Auslandstiere kommen so oder so in unsere Tierheime.

Geschätzt die Hälfte der Tierschutzvereine des Landesverbandes nehmen keine Tiere aus dem Ausland, meines auch nicht. Trotzdem ist sicherlich die Hälfte der Tiere in meinem Tierheim heute nicht aus der Bundesrepublik oder aus Nordrhein-Westfalen, sondern aus Südeuropa und Osteuropa.

Insofern können wir nur versuchen, es in geregelte Bahnen zu lenken. Wenn wir die Tiere bei uns in geregelten Bahnen aufnehmen, verhindern wir den weiteren Verkauf über das Internet, wo gar keine Kontrolle möglich ist. Wenn ein Teil dieser Tiere nach

relativ kurzer Zeit ihren Besitzer überfordert, kommen sie ins Tierheim, meistens charakterlich in einem deutlich schlechteren Zustand und gesundheitlich angeschlagen und traumatisiert. Wir haben dann deutlich mehr Arbeit.

Es wäre mir wesentlich lieber, wenn wir diesbezüglich proaktiv unterwegs wären anstatt nur reaktiv.

Norwich Rüße (GRÜNE): Im Entschließungsantrag der SPD wird die Landestierschutzbeauftragte angeführt. Herr Dr. Unna, wie stehen Sie zu dieser Forderung? Wie nehmen Sie das Büro der Landestierschutzbeauftragten im Moment in seiner Ausstattung wahr?

Dr. Ralf Unna (Landestierschutzverband Nordrhein-Westfalen): Aus Sicht des Landestierschutzverbandes ist die Einrichtung der Stelle der Tierschutzbeauftragten NRW ausgesprochen segensreich gewesen; auch in dieser Positionierung. Ursula Heinen-Esser hat als verantwortliche Ministerin dafür gesorgt, wenn ich das richtig im Kopf habe.

Es hat einfach einen anderen Stellenwert. Die Tierschutzbeauftragte des Landes leitet den Tierschutzbeirat der Landesregierung NRW, dem ich auch angehöre, und hat ihr ganzes Gewicht dort eingebracht. Sie hat sehr viel organisiert: Fortbildungsveranstaltungen und konkrete Hilfe bei Antragstellungen, was kleinen Vereinen teilweise durchaus schwerfällt.

Sie hält Kontakt zu uns als Landesverband und auch zum Deutschen Tierschutzbund als Dachverband. Auf der anderen Seite hat sie auch unsere Defizite erkannt, dass wir zum Beispiel aufgrund unserer Kleinteiligkeit und Heterogenität Schwierigkeiten haben, genügend Datenmaterial zu liefern, um im politischen Raum Entscheidungen zu erleichtern. Es ist uns auch bewusst, dass wir diesbezüglich besser werden müssen. Auch in diesem Bereich hat die Landestierschutzbeauftragte deutliche Fortschritte erzielt.

In den Bundesländern in Deutschland gibt es unterschiedlich lange Tierschutzbeauftragte, teilweise schon sehr lange, teilweise relativ kurz. Aus meiner Sicht ist die Anzahl der Aufgaben durch die engagierte Tätigkeit der Kollegin nicht weniger, sondern im Gegenteil eher mehr geworden. Nach meiner Wahrnehmung von außen wäre es daher sinnvoll, die Landestierschutzbeauftragte entsprechend mit mehr Mitteln auszustatten, namentlich mit mehr Personal, um diesen gestiegenen Anforderungen gerecht zu werden.

Die betriebswirtschaftliche Qualifikation ist angesprochen worden. So etwas lernen Tierärzte im Studium nicht. Ich führe einen 36-Menschen-Betrieb und hatte nicht eine Stunde BWL im Studium. Das könnten wir besser machen, wenn wir eine Fakultät in Nordrhein-Westfalen hätten.

Jedenfalls glaube ich, dass die Landestierschutzbeauftragte einen ausgesprochen guten Wirkungsgrad erreicht. Vielleicht könnte man den noch steigern, wenn man diesbezüglich ein bisschen zusetzen könnte.

Zacharias Schalley (AfD): Ich würde Herrn Dr. Unna als Tierarzt gerne zum Thema „Preissteigerung“ befragen. Wir hatten schon etwas über die Gebührenordnung gehört. Vielleicht können Sie uns erzählen, wie sich tierbezogene Kosten zum Beispiel bei der Behandlung gesteigert haben? Kosten die Medikamente, die Spritzen, das Material mehr?

Dr. Ralf Unna (Landestierschutzverband Nordrhein-Westfalen): Wir hatten als Tierärzte eine Gebührenordnung, die aus 1998 oder 1999 datierte und die immer fortgeschrieben worden ist. Es gab zwischendurch auch Preiserhöhungen innerhalb der Systematik.

Aber als ich studiert habe, das ist 35 Jahre her, gab es keine computertomografischen Untersuchungen bei Tieren, auch nicht an der Uni. Entsprechend gab es auch in der damaligen Gebührenordnung keine Position für CT. Wir haben als größte Praxis in Köln CT vor acht Jahren eingeführt und standen vor dem Problem, dass wir nicht wussten, was wir dafür abrechnen sollten.

Die Gebührenordnung für Tierärzte ist eine bundeseinheitliche Regelung, an die wir zwingend gebunden sind. Wir können zwischen dem ein- und dreifachen, mit besonderer Begründung bis zum vierfachen Satz abrechnen; eine Unterschreitung ist genauso strafbewehrt wie eine Überschreitung.

Damals wussten wir nicht, wie wir uns korrekt verhalten sollten. Alle Kollegen, die ein CT hatten, hatten das gleiche Problem, und dann haben wir uns irgendwie angeglichen. Inzwischen gibt es seit November 2022, wenn ich richtig orientiert bin, die neue Gebührenordnung für Tierärzte. In dieser schlägt eine CT-Untersuchung mit mindestens 350 Euro netto zu Buche, plus Mehrwertsteuer, plus Narkose. Das heißt, man ist relativ schnell im vierstelligen Bereich, wenn noch Kontrastmittel verbraucht wird, das Tier betreut wird und Zugänge gelegt werden.

Mit dieser Entwicklung sind erhebliche Kostensteigerungen einhergegangen, nicht nur bei dieser Position, sondern ganz grundsätzlicher Art. Das war aber, da die alte Systematik zwei Jahrzehnte alt war, auch überfällig. Wir haben das im selben Monat selbst gemerkt, denn es gab zu Recht auch eine Tariferhöhung im Bereich der tierärztlichen Fachangestellten von, wenn ich es richtig im Kopf habe, 25 % bei einer Laufzeit von weniger als zwei Jahren. Wir hatten die Kollegen zuvor aber auch übertariflich bezahlt.

Das heißt, dass es eine enorme Steigerung auch für die Tierheime gegeben hat. Üblicherweise rechnen Kolleginnen und Kollegen mit Tierschutzvereinen, übrigens auch mit der öffentlichen Hand, zum einfachen Satz ab, zum legalen Mindestsatz. Darunter allerdings auch nicht, weil man betriebswirtschaftlich kein Geld verlieren und sich nicht angreifbar machen möchte.

In unserem Bereich ist also eine erhebliche Kostensteigerung entstanden, und die anderen Treiber wurden schon genannt: Personal, Fachpersonal, Mindestlohn, Energiekosten. Das sind die Haupttreiber.

Viele Tierheime haben inzwischen auch Räume für exotische Tiere: Schlangen, Landschildkröten, Papageien. Das bedeutet hohe Energiekosten. Die könnte man reduzieren, wenn man damit aufhört. Ich weiß nur nicht, wo die sichergestellten Tiere dann hin sollen, Stichwort „Gefahrtiergesetz“.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Wir beginnen mit Runde sechs.

Bianca Winkelmann (CDU): Dr. Nieters, als Kreisveterinär überblicken Sie die ganzen Kostenstrukturen in den Tierheimen auch aus Sicht eines Kreises. Was müsste besser finanziert sein? Wir haben viel über Kosten gesprochen, deshalb frage ich jetzt umgekehrt. Ich weiß, dass es eine gefährliche Frage ist, aber vielleicht haben Sie ein paar Ansatzpunkte, die wir mitnehmen können.

Dr. Markus Nieters (Kreis Coesfeld, Veterinärdienst und Lebensmittelüberwachung): Ich kann nicht für die Kreistage oder die Städtetage sprechen, wie sie finanzieren wollen. Die Unterbringung der Tiere ist eine Pflichtaufgabe der Kommunen. Die Tiere werden wie eine Fundsache behandelt, die man aufbewahren muss.

Ich kann auch nicht einfach eine Behandlung unterlassen, damit es billiger wird. Man kann natürlich schauen, ob eine Hüft-OP jetzt sofort geschehen muss oder ob das ein neuer Besitzer machen kann. Das sind sicherlich Punkte, an denen man schrauben kann.

Wichtig ist, die Tiere möglichst schnell zu vermitteln und die Hürden nicht zu hoch zu setzen. Natürlich muss man ein gutes Gefühl dabei haben, dass ein Tier in gute Hand kommt, aber ich muss keinen goldenen Wassernapf fordern, um einen Hund oder eine Katze abgeben zu können.

Ansonsten sehe ich nicht viele Möglichkeiten. Wir als Kreis zahlen die Kosten für die untergebrachten Tiere. Bei verwilderten Katzen zahlen wir auch 100 % der Kosten. Da hat ein Tierheim durch uns keine Probleme. Wir zahlen eine Pauschale für die Unterbringung, wir zahlen auch die Kastration und die Behandlung der Katzen. Durch uns als Veterinäramt im Kreis entstehen eigentlich keine Probleme.

Ich kann bei den im Raume stehenden Mindestsätzen aber nur empfehlen: Bringen Sie die Tierheime in die Lage, den Kommunen gegenüber darzustellen, welche Kosten entstehen, und dann wird man diese auch durchsetzen können! Natürlich wird die öffentliche Hand kein Geld bezahlen, wenn es nicht plausibel begründet ist. Deswegen kann ich den Vorschlag nur begrüßen, dass die Tierheime auch mit Unterstützung des Tierschutzbüros in die Lage versetzt werden, eine korrekte, belastbare Kostenkalkulation aufzustellen, die dann einforderbar ist.

Ansonsten sehe ich nicht viele Möglichkeiten. Das, was früher gemacht worden ist – das Tier ist nach sechs Wochen nicht vermittelt worden, jetzt wartet der Hundehimmel –, kommt nicht mehr. Das kann ich als Tierarzt auch nicht befürworten.

Sicherlich gibt es ab und zu ein Tier, das nicht vermittelbar ist, weil es eine psychische oder organische Störung hat, die nicht mehr behebbar ist. Es gibt ganz seltene Fälle von sehr aggressiven Hunden, bei denen die Grenze, was man machen kann, auch erreicht ist. Aber das sind Einzelfälle, die die Tierheimkosten nicht in die Höhe treiben. Ich habe keine Lösung dafür.

Inge Blask (SPD): Vielleicht hat jemand einen Überblick, wie hoch die Investitionskosten für Neu- und Umbau bei den Tierheimen in Nordrhein-Westfalen sind. Was wird da zusammenkommen, Herr Plinz?

Jürgen Plinz (Tierschutzverein für den Kreis Düren *[per Video zugeschaltet]***):** Eine solche Zahl kann man wirklich nur schätzen. Wenn wir von 86 Einrichtungen innerhalb des Landestierschutzverbandes Nordrhein-Westfalen ausgehen und wir alleine nur die thermische Desinfektion, also die energetische Sanierung der Gebäude nehmen, dann kommen wir schnell auf 300.000 bis 500.000 Euro pro Einrichtung. Also reden wir über 44 Millionen Euro.

Wir haben eine ganz große Krux: Sobald Sie in diesen Gebäuden etwas anfassen, was mehr als 20 % der Fassade betrifft, bauen Sie nach Wohnbaustandard. Ich habe gerade ein Katzenhaus gebaut, und das musste nach Wohnbaustandard, da es beheizt wird, gebaut werden. Dort haben die gesetzlichen Veränderungen, die in den vergangenen Jahren stattgefunden haben, auch auf die Tierheime deutlich durchgeschlagen. Wenn Sie ein 200-Quadratmeter-Katzenhaus für über 500.000 Euro bauen, dann ist das eine Summe, für die Sie auch privat bauen können, aber der Baustandard ist entsprechend.

Insgesamt würde ich also von mehr als 44 Millionen Euro Investitionsbedarf in NRW ausgehen.

Norwich Rüße (GRÜNE): Herr Dr. Nieters hat gesagt, man müsse die Kosten nur plausibel darlegen, dann käme es schon zu den entsprechenden Verhandlungen und man könne die Kosten auch durchsetzen.

Ich bedaure es an dieser Stelle ausdrücklich, dass die kommunalen Spitzenverbände zu dieser Anhörung, obwohl es unmittelbar Thema für sie sein müsste, wieder nicht erschienen sind. Das finde ich sehr schade, und das ärgert mich auch.

Ich würde gerne die Tierschutzseite fragen, die für die Tierheime die Verhandlungen führen: Wie ist Ihre Erfahrung mit diesen Verhandlungen? Können Sie Ihre Kostenseite darlegen? Gibt es da tatsächlich Schwierigkeiten?

Jürgen Plinz (Tierschutzverein für den Kreis Düren *[per Video zugeschaltet]***):** Ich beantworte das mit Blick auf drei Tierschutzvereine in Nordrhein-Westfalen.

Tierschutzverein 1 sitzt im nördlichen Ruhrgebiet. Die Stadt hat 75.000 Einwohner. Der Bürgermeister hat versucht, dem Tierschutzvereinsvorstand beizubringen, dass man keine vier Tierpfleger brauche. Man bekam in diesem Tierheim 2024 – so schrieb

es mir der Vorstand – eine Kostenerstattung von 75 % Deckungsgrad. Das bedeutet einen Gap von 84.000 Euro.

Dazu sage ich etwas Emotionales, wenn ich darf: Dort sitzen der Kämmerer, der Bürgermeister und der Ordnungsamtsleiter mit ihrer Vergütung, weil sie Führungskräfte in der Kommune sind, auf der einen Seite. Auf der anderen Seite sitzen Ehrenamtler, die sich Urlaub oder überstundenfrei genommen haben, um im Rathaus zu verhandeln und um dann zu hören, sie hätten einen Tierpfleger zu viel. In Brandenburg gibt es einen Tierheimerlass, der pro 10 Hunde einen Vollzeit-Tierpfleger vorschreibt.

Tierschutzverein 2 ist in der Städteregion Aachen. Die Städteregion Aachen hat einen noch viel schlechteren Deckungsbeitrag. Das Tierheim hat verhandelt und gesagt: Wir kommen mit dem Geld nicht hin, wir zahlen das aus Spenden und Nachlässen. – Dort kommen wir auch an den Punkt, an dem ein Tierschutzverein – vielleicht nicht in Aachen, sondern kleinere, die keine großen Nachlässe erwarten – in die Insolvenz geht.

Wenn ich 80.000 oder 85.000 Euro Defizit in jedem Jahr einfahre, brauche ich auch Spenden oder Nachlässe in dieser Größenordnung. Die Spenden in Deutschland sind zwischen 2005 und 2024 um knapp 12 % gestiegen. Die Inflationsrate lag aber bei 42 %. Das heißt, wir haben netto weniger Cash in der Kasse. Dann dauert es keine zwei Jahre, bis dieser Tierschutzverein zum Bürgermeister oder zu den Verantwortlichen geht, weil man nicht mehr aus Spenden ausreichend zuschießen kann. Dann droht die Insolvenz, und das trifft, würde ich sagen, die Hälfte der Tierschutzvereine – nämlich alle, die etwas kleiner sind.

Die Aachener sind dann von einer Pauschale auf Einzelabrechnung umgestiegen, und plötzlich sinkt die Zahl der Tiere. Denn die Behörden, die bisher eingewiesen haben, weil sie einen Pauschalvertrag hatten, weisen die Tiere nicht mehr ein, um Kosten zu sparen. Man muss fragen, wo die fehlenden Tiere geblieben sind.

Tierschutzverein 3 ist mein eigener. Wir haben in den letzten 15 Jahren mithilfe einer Controllerin das Finanzierungsberechnungssystem perfektioniert. Wir tragen das Ergebnis den Bürgermeistern oder den Sprechern vor und sind heute bei 100 % Kostenerstattung. Wir verhandeln auch nicht mit Ordnungsämtern oder dem Veterinäramt, sondern mit denen, die die Haushalte beschließen müssen oder die sie in die Kommunen, in die Gemeinderäte und Stadträte einbringen.

Wir tragen vor, es ist deutlich geklärt, wie viel der ordnungsbehördliche Zweckbetrieb kostet und wieviel davon, abzüglich der Abgabetiere, die Kommunen zu tragen haben. Das sind bei uns 79 %. Das haben die Kommunen begriffen.

Zudem arbeiten unsere Tierpfleger landesweit, die großen Tiere vielleicht ausgenommen, weit unter den Tarifen im Öffentlichen Dienst. Wir konnten für meine Einrichtung aber vereinbaren, dass wir bis 2028 zum Öffentlichen Dienst für Tierpfleger aufrücken können.

Dann finanzieren wir keine Altersarmut mehr. Wenn Tierpfleger 14 oder 15 Euro brutto die Stunde verdienen, dann produzieren wir heute Altersarmut, und das nehmen viele Bürgermeister an der Stelle in Kauf.

Zacharias Schalley (AfD): Ich würde Herrn Plinz gerne zu dem Gebäudestandard fragen, der der Wohnbebauung entspricht. Ist das aus Tierschutzgründen, aus fachlicher Sicht notwendig, oder wäre es nicht sinnvoll, wenn die Politik zum Beispiel diesen Standard wieder absenkt, damit man für Tierheime einfacher und auch billiger bauen kann?

Jürgen Plinz (Tierschutzverein für den Kreis Düren *[per Video zugeschaltet]***):** Man sollte das Landesbaugesetz, die Landesbauordnung auf jeden Fall in diese Richtung abändern, damit man dem wirklichen Zweck entsprechend ausstattet.

Wir heizen zunehmend erdölfrei, nämlich regenerativ. Aber bei uns ist beispielsweise im Katzenhaus die Bodenplatte gedämmt. Darin leben Katzen, die normalerweise draußen sind. Das ist nicht zwingend notwendig.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Herr Plinz, alle Ihre Kollegen nicken zustimmend. – Gibt es Wortmeldungen für eine siebte Runde? – Es gibt keine Fragen mehr.

Dann danke ich allen Kollegen und vor allem Ihnen, den Sachverständigen, für diese wirklich sehr detaillierten Antworten. Wir werden diskutieren und dann unsere Anträge stellen.

Hiermit beende ich die Sitzung offiziell.

gez. Dr. Patricia Peill
Vorsitzende

Anlage
23.10.2025/30.10.2025

Anhörung von Sachverständigen
des Ausschusses für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume

Ein Herz für Heim und Tiere in Nordrhein-Westfalen:
Tierschutz fördern – Tierheime stärken
Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 18/13163
Entschließungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 18/13278

am Donnerstag, dem 2. Oktober 2025
10.00 Uhr, Raum E3 D01, Livestream

Tableau

eingeladen	Teilnehmer/-innen	Stellungnahme
Kreis Coesfeld Veterinärdienst + Lebensmittelüberwachung Dr. Markus Nieters Coesfeld	**Dr. Markus Nieters**	**18/2957**
Tierschutzverein Düsseldorf und Umgebung e.V. 1873 Monika Piasetzky Düsseldorf	**Monika Piasetzky**	**18/2948**
Landestierschutzverband Nordrhein-Westfalen e.V. Dr. Ralf Unna Herne	**Dr. Ralf Unna**	**18/2962**
Tierschutzverein für den Kreis Düren e.V. Jürgen Plinz Düren	**Jürgen Plinz** *per Videokonferenz*	**18/2956**